



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 6/2005

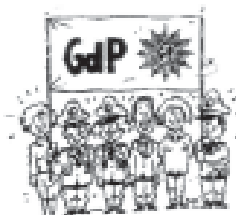
21. Juli 2005

Sozialwerk der GdP Bayern GmbH



SW Touristik
SW Medical
SW Auto
Mobilfunk

**Besuchen Sie uns
auf unserer Homepage**
www.swbayern.de



Tauschgesuch

Versetzung zur Bundespolizei
Tauschpartner steht zur Verfügung
Standortwünsche werden unterstützt und
sind bundesweit möglich
Kontakt: 0163 3362919

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

GdP zu Videoüberwachung im „Rundschau-Magazin“ des BR

Von Peter Schall

München - Aufgrund der terroristischen Bombenattentate in London diskutiert die Politik die Verstärkung der Videoüberwachung. Aus diesem Grunde war die GdP zu einem Live-Interview im „Rundschau-Magazin“ des Bayer. Fernsehens am 14.07.05 eingeladen. GLBV-Mitglied Peter Schall vertrat die GdP Bayern. Er begrüßte eine mögliche Ausdehnung der Videoüberwachung „als Hilfsmittel für die Polizei, aber nicht als Ersatz für Polizeibeamte“. Gerade in dieser Sicherheitslage kann die Ausweitung der Technik die gestri-

chenen Stellen für Polizeibeamte nicht ersetzen. „Das Sicherheitsgefühl des Bürgers wird nur im Einzelfall positiv berührt, de facto hält eine Kamera – wie in London festgestellt – einen Attentäter, der mit seinem Leben abgeschlossen hat und sich und andere in die Luft sprengt, nicht auf“, so Schall. Auch der Datenschutz des Bürgers sei gewährleistet, spätestens nach zwei Monaten sind die Aufzeichnungen zu löschen, es sei denn diese würden als Beweismittel in einem Strafverfahren benötigt.

GdP lehnt Militarisierung der Inneren Sicherheit ab

Berlin - (gdp) Die Gewerkschaft der Polizei hat die Pläne der Unionsparteien zurückgewiesen nach den Anschlägen in London, die Bundeswehr künftig auch für Polizeiaufgaben einzusetzen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus erfordert polizeiliche Antworten, wie etwa ein besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden, eine gemeinsame Datei islamischer Terrorverdächtiger, die Beseitigung gesetzlicher Defizite und vor allen Dingen eine Beendigung der Personalkürzungen bei der Polizei in den Bundesländern. Die Bundeswehr ist für die polizeiliche Arbeit nicht ausgebildet und nicht ausgestattet.“

Die Polizei müsse im Gegenteil die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen zunehmend unterstützen, da ihr die Erfahrung im Umgang mit zivilen Demonstrationen fehle. Es sei auch nicht einleuchtend, die Bundeswehr in Deutschland für Objektschutzmaßnahmen einsetzen zu wollen, während Bundeswehrobjekte bereits heute von privaten Sicherheitsunternehmen bewacht werden müssten. Freiberg: „Mit ihrem Vorschlag, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, drückt sich die Union lediglich vor der notwendigen Konsequenz aus der angespannten Sicherheitslage, den Stellenabbau bei der Polizei umgehend zu beenden und die Personalstärke den Erfordernissen anzupassen.“



GdP: Höhere Mehrwertsteuer belastet einseitig Beamten

Berlin - (gdp) Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die von der Union geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als erneute einseitige Belastung der Beamtinnen und Beamten ab. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Während die übrigen Beschäftigten eine zumindest teilweise Entlastung über die geplante Absenkung der Arbeitslosenbeiträge haben werden, kann eine solche Kompensation bei Beamtinnen und Beamten nicht stattfinden. Sie sind von der Mehrwertsteuererhöhung in voller Höhe betroffen.“

Mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Aufhebung der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen und der Streichung der Pendlerpauschale sei die Grenze des Zumutbaren für die Beamtinnen und Beamten überschritten, so der GdP-Vorsitzende.

Freiberg: „Unsere Beamtinnen und Beamten bei der Polizei haben zahlreiche Einkommensverschlechterungen, wie die Streichung bzw. Absenkung des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes bereits hinnehmen müssen. Auch bei der Altersvorsorge geht es seit Jahren bergab. Die neuen Pläne machen für uns Polizeibeamtinnen und -beamten das Maß voll.“

Die geplante Mehrwertsteuererhöhung, so die GdP, kenne nur Verlierer: Arbeitnehmer würden belastet, Arbeitgeber kaum entlastet, der Arbeitsmarkt nicht belebt und die Binnenkonjunktur nicht angeheizt.

JUNGE GRUPPE bei Vereidigung in Eichstätt

Von Birgit Eberheissinger, Landesjugendvorsitzende

gdp - Am 25.06.2005 fand in der Bereitschaftspolizei Eichstätt die Vereidigung junger Kolleginnen und Kollegen statt. Die Vereidigung selbst war bereits am Vormittag in der Stadtmitte von Eichstätt. Ab Mittag gab es dann verschiedene Veranstaltungen und Vorführungen für die Anwärter und ihre Angehörigen.

x 4m aufgebaut und die Tische mit Werbeartikeln und Präsenten bestückt. Bewaffnet mit Bonbons, „modernen Streichhölzern“ (JG Kondome) und Malheften mischten wir uns unter die Kollegen und deren Familienmitglieder. Die Angehörigen waren anfangs erstaunt, dass auch sie Präsente erhielten, nahmen diese aber dankend an. Der



Die Vorbereitungen liefen seit Wochen auf Hochtouren. So wurde im Vorfeld der GdP-Bus aus Hilden bestellt und Bonbons, Lutscher und Malhefte eingekauft. Es mussten Genehmigungen eingeholt und der Standort festgelegt werden. Die JUNGE GRUPPE hatte erst wenige Wochen vorher Polo-Shirts mit dem Logo der JG beschafft, die hier zum ersten Mal zum Einsatz kamen.

Dann endlich war es so weit. Mittags rollte die JUNGE GRUPPE-Delegation in Eichstätt an. Es wurde ein Pavillon von 3

Andrang an den Präsentationstischen war enorm. Der Renner war der elektrische Handventilator, der bei der Hitze sofort zum Einsatz kam. Jung und Alt fand bei uns eine kleine Abwechslung und auch Erfrischung in Form von Eis, welches aber schnell vergriffen war.

Alles in allem war es eine gelungene Veranstaltung die viel Spaß gemacht hat. Noch einmal vielen Dank an den Sascha Rauer (der kurzfristig eingesprungen ist) und an alle anderen die mitgeholfen haben.



Verfassungsgericht kassiert deutschen EU-Haftbefehl

Berlin - Als bedauerlichen Rückschlag in der internationalen Terror- und Kriminalitätsbekämpfung bezeichnet der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das deutsche Gesetz zum Europäischen Haftbefehl für verfassungswidrig zu erklären. Einer verbesserten europäischen Bekämpfung von Terror und internationaler Kriminalität schiebe dieses Urteil zunächst einen Riegel vor. Es müsse nun, so fordert die GdP, unabhängig von partei- und wahltaktischen Gedanken, daran gegangen werden, den EU-Haftbefehl möglichst zeitnah verfassungskompatibel zu gestalten. Angesichts der bedrohlichen Sicherheitslage dulde dies keinen Aufschub.

Freiberg: „Europa wächst in fast allen Bereichen zunehmend zusammen, die Ausnahme bildet leider die Sicherheitspolitik. Kriminelle Bürger der Europäischen Union müssen innerhalb der gesamten EU zur Rechenschaft gezogen werden können. Die durch den islamistischen Terrorismus ausgehenden Gefahren, so Freiberg, verlange von den Justizbehörden Europas eine konsequente Zusammenarbeit. Dies sei eines der richtigen Signale in Richtung potenzieller Attentäter und Schwerstkrimineller.“

Veranstaltungshinweis:

Am **Dienstag, den 26. Juli 2005** veranstaltet die **Junge Gruppe in Nabburg** ab 20 Uhr eine „**Blaulicht-Milieu-Party**“ im Arena-Park Nabburg. Der Eintritt beträgt 5 €, Getränke sind ab 1,50 € erhältlich, es spielt die Gruppe „Fivepack“.

GdP fordert Ende des politischen Streits um Anti-Terror-Maßnahmen

Berlin - Ein Ende des politischen Streits um die Verbesserung der Anti-Terror-Gesetze hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, gefordert. Freiberg: „Wir dürfen nicht warten, bis aus eigener Betroffenheit durch einen Anschlag in Deutschland der Polizei die Mittel an die Hand gegeben werden, die sie zur Terrorismusbekämpfung braucht. Ein Anschlag wie in London muss unbedingt verhindert werden.“ Notwendig sei auch eine verantwortungsvolle Ausweitung der Videoüberwachung besonders gefährdeter Einrichtungen und Plätze als Ergänzung aber keinesfalls anstelle ausreichenden Personaleinsatzes.

Als „gefährlichen Unsinn“ bezeichnet der GdP-Vorsitzende die Auffassung, alle Anti-Terror-Maßnahmen der britischen Sicherheitsbehörden hätten sich angesichts der Attentate als wirkungslos erwiesen. Freiberg: „Auch wenn warme Kleidung im Winter nicht hundertprozentig vor einer Erkältung schützt, würde niemand nackt herumlaufen.“

Eine gemeinsame Datei islamistischer Terrorverdächtiger nicht nur in Deutschland, sondern auf europäischer Ebene, so Freiberg, sei längst überfällig. „Wir hoffen, dass sich die EU-Innenminister auf ihrem Sondertreffen am heutigen Mittwoch endlich darauf ebenso einig werden können, wie über eine Verlängerung der Aufbewahrung von Kommunikationsdaten“, betonte Freiberg. In Deutschland sei überdies die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung unerlässlich. Freiberg: „Die Kommunikationsüberwachung im Umfeld von Terrorverdächtigen darf nicht beschränkt werden. Attentatspläne müssen möglichst frühzeitig aufgedeckt werden können.“

Deutschland sei nicht gefeit davor, so Freiberg weiter, dass sich innerhalb der Parallelgesellschaften muslimischer Gemeinden in Deutschland, schlecht integrierte und chancenlose junge Menschen zu Jihad-Kämpfern anwerben und radikalieren lassen.

Unveräußerliche Rechte der Gewerkschaften

gdp - Das Grundgesetz, insbesondere der Art. 9 Abs. 3 GG gibt den Gewerkschaften im Zuge des Koalitionsrechts einige grundlegende Rechte an die Hand, die das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren bestätigt hat. Dazu gehört, dass nicht nur die Institution Gewerkschaft Rechtsschutz genießt, sondern auch die Mitglieder im Einzelnen das Recht haben, Gewerkschaftswerbung zu betreiben. Weitere Rechte von Gewerkschaften und deren Mitglieder sind u.a. persönliche Informationsgespräche von

Vertrauensleuten auch während der Arbeitszeit, das Nutzen von Informationsbrettern in der Dienststelle, das Durchführen von Unterschriftenaktionen, das Verteilen von gewerkschaftlichem Informationsmaterial vor dem Tor als auch im Betrieb sowie die Mitgliederwerbung durch die Gewerkschaft und deren Mitglieder. Hinzu kommt noch die außergerichtliche rechtliche Beratung von Mitgliedern und die juristische Vertretung in gerichtlichen Verfahren als koalitionsmäßige Betätigung.